

Sitzungsvorlage Antrag

Nr.: 2020/657

Antrag der Fraktion Bündnis90/Die Grünen im Kreistag Lüchow-Dannenberg vom 21.10.2020: Spezifische Ambulante Palliativversorgung im Landkreis Lüchow-Dannenberg sichern
--

Ausschuss Soziales und Migration	17.11.2020	TOP
Kreisausschuss	07.12.2020	TOP
Kreistag	14.12.2020	TOP

Eingang per E-Mail am 21.10.2020



Antrag für Sitzung FA für Soziales und Migration am 17.11.2020, KA 07.12. und Kreistag 14.12.2020

Spezifische Ambulante Palliativversorgung im Landkreis Lüchow-Dannenberg sichern, Besonderheiten ländlicher Regionen in der Gesundheitsversorgung berücksichtigen.

In der Septembersitzung des FA für Soziales und Migration informierte der Lüchower Hausarzt Dr. Gottesleben die Mitglieder, dass die Existenz der spezifischen ambulanten Palliativversorgung durch einen neuen Rahmenvertrag auf Bundesebene gefährdet ist. Dieses Angebot ist in den vergangenen Jahren ein wichtiger Stützpfiler der Versorgung schwerkranker und sterbender Menschen in der Gesundheitsregion Lüchow-Dannenberg geworden. Im Jahr 2019 wurden durch den Dienst im Landkreis 126 Patienten in ihrer letzten Lebensphase mit insgesamt 13100 Patiententagen betreut. Dabei sind die sieben Palliativmediziner auf Honorarbasis größtenteils neben ihrer Praxistätigkeit tätig.

Der neue Rahmenvertrag sieht eine Festeinstellung von Ärzten vor, was ländliche Regionen vor eine kaum lösbare Aufgabe angesichts des bekannten Ärztemangels stellt. Der offene Brief des Palliativ Care Teams stellt dies noch ausführlicher dar und ist in der Anlage beigefügt.

Vor diesem Hintergrund stelle ich den Antrag, dass der Kreistag folgende Forderungen an die handelnden Akteure stellt:

Der neue Rahmenvertrag zur Ambulanten Palliativversorgung darf nicht zulasten ländlicher Regionen gehen, die bewährte Versorgung sterbender Menschen darf weder im Landkreis Lüchow-Dannenberg noch in vergleichbaren Regionen riskiert werden. Der Rahmenvertrag muss großzügige langfristig gesicherte Ausnahmeregelungen für dünnbesiedelte ländliche Regionen beinhalten. Das Ziel der Verbesserung von Qualität in der Versorgung darf nicht zur Abwicklung von funktionierenden und anerkannten Strukturen im ländlichen Raum führen.

Verteiler:

Bundesministerium für Gesundheit

Landesministerium für Gesundheit

MdB regional und fachpolitisch zuständig

MdL regional und fachpolitisch zuständig

Städte- und Gemeindebund

Landkreistag

Matthias Gallei, KTA, Fraktion Bündnis 90/Die Grüne

Stellungnahme der Verwaltung:

entfällt
